



**ADOLF OGI WIRD 75**

«Blocher war Lokführer, ich erster Heizer.»

Grosses Interview – Seite 10/11



**CARA DELEVINGNE**

Sie spielt im teuersten Film Europas von Luc Besson mit.

«wochenende»-Bund

# Schweiz am Wochenende

15./16.7.2017

Ausgabe Basel

## Umstrittene Honorarpraxis

Prominente Basler Verwaltungsräte bewegen sich bei Entschädigungen in einer juristischen Grauzone

VON JONAS HOSKYN

«Im Grund genommen, ist diese Praxis eine potenzielle Steuerumgehung.» Zu diesem Urteil kommt der renommierte Steuerexperte Peter Schmid mit Blick auf die Abrechnungspraxis in mehreren Verwaltungsräten von öffentlichen Anstalten in der Region Basel. Konkret geht es darum, dass eine Reihe von Verwaltungs- und Stiftungsratspräsidenten ihr Honorar als juristische Person beziehen, also über eine

Firma abrechnen. «Ein Verwaltungsratsmandat ist aber an die natürliche Person geknüpft», sagt Schmid.

In der Region sieht man das offenbar nicht so eng. Nur so lässt sich erklären, dass unter anderem Uniratspräsident Ueli Vischer, BLT-Verwaltungsratspräsident André Dosé und Benedikt Weibel, Verwaltungsratspräsident bei den Schweizerischen Rheinhäfen, ihr Honorar als juristische Personen beziehen. Abgesegnet ist dieses Verfahren vom Basler Finanzdepartement und der Fi-

nanzkontrolle. Allerdings ist man sogar verwaltungsintern unterschiedlicher Meinung: Dem früheren BVB-Verwaltungsratspräsidenten Paul Blumenthal wurde vom Bau- und Verkehrsdepartement untersagt, sein Mandat via seine Beratungsfirma abzurechnen.

«Schlicht und einfach falsch»

Auch Steuerexperte Schmid sagt: «Das Vorgehen, Verwaltungsratsmandate über eine Ich-AG abzurechnen, ist schlicht und einfach falsch.» Fachleute

sehen in der Praxis vor allem eine Möglichkeit der Steueroptimierung. Statt die Honorare direkt versteuern zu müssen, kann das Geld in der Firma deponiert werden. Zudem bietet diese Variante der Entschädigung mehr Möglichkeiten für steuerliche Abzüge.

Die Verwaltungsräte dagegen sehen in diesem Vorgehen kein Problem: «Das Ganze ist nur eine Vereinbarung, wie man abrechnet», sagt Vischer. Und die BLT betont: «Es handelt sich um ein absolut korrektes Verfahren.» **Seite 23**

**Mein Name ist Max**

Warum alte Namen Hochkonjunktur haben.

«Wochenende»-Bund



Shutterstock

**Hype um legalen Hanf**

Liestaler Firma baut im grossen Stil CBD-Gras an.

Seite 27

**Die Stadt im Sightseeing-Bus**

Was amerikanische Touristen an Basel mögen.

Seite 29

**Im Einsatz für liberale Werte**

Therwiler führt regionale Operation Libero an.

Seite 32/33

## Roger Federer marschiert durch

Der Schweizer steht zum 11. Mal im Wimbledonfinal – und das, ohne einen Satz verloren zu haben.

Seite 43, 44



Reuters

BUNDESRAT

## Kampf gegen Hochpreis-Insel

Die Preise in der Schweiz sind zum Teil doppelt so hoch wie im benachbarten Ausland. Konsumenten kaufen deshalb für 11 Milliarden Franken Waren im Ausland ein. Nun schaltet sich der Bundesrat ein. Im Interview mit der «Schweiz am Wochenende» kündigt Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann an, dass er der Hochpreis-Insel den Kampf ansagen will: «Mein Departement arbeitet derzeit an einem Massnahmenpaket für Importerleichterungen.» Wie dieses Paket aussieht, will er im Detail noch nicht verraten. **Seite 2/3**

KATHOLISCHE KIRCHE

## In Erschwil war ein Pädo-Priester tätig

VON DIMITRI HOFER

Im Jahr 2002 missbrauchte ein Priester in der Diözese Würzburg einen Jungen und wurde dafür verurteilt. Bevor er dort tätig war, arbeitete derselbe Mann während zweier Jahre als Kaplan im Thiersteiner Dorf Erschwil. Auch hier kam es zu Grenzüberschreitungen gegenüber Jugendlichen, wie die «Schweiz am Wochenende» pu-

blik macht. Er lud Ministranten zu sich in den Keller des Pfarrhauses ein und schaute mit ihnen Fernsehen. Ob es zu sexuellen Übergriffen kam, ist unklar. Obwohl die Kirchgemeinde vom merkwürdigen Verhalten des Priesters wusste, blieb dieser angestellt. Erst kürzlich stellte sich heraus, dass dieser wohl schon vor seiner Zeit in Erschwil einen Minderjährigen missbraucht hatte. **Seite 24/25**

ZU VIELE OPERATIONEN

## Engelberger soll durchgreifen

In der Region Basel gibt es zu viele auf Orthopädie spezialisierte Spitäler. Das Überangebot hat zur Folge, dass die Chirurgen schneller als nötig zum Skalpell greifen. Dies ist mit ein Grund, dass die Prämien in den beiden Basel höher sind als in der Restschweiz. Nun fordert der Basler SP-Grossrat Kaspar Sutter den Gesundheitsdirektor Lukas Engelberger (CVP) auf, durchzugreifen. Die Zahl bestimmter Eingriffe wie Knie- und Hüftgelenkoperationen müsste mithilfe der Spitalliste gesenkt werden. **Seite 26**

**Nächste Woche geht es wieder los**

Die grosse Stellenbörse der Super League.

Seite 40/41





## BASEL TATTOO

Erik Julliard hört privat lieber  
Coldplay als Militärmusik.

Seite 31



Paul Blumenthal (Ex-BVB), Ueli Vischer (Universitätsrat und MCH Group), André Dosé (BLT) und Benedikt Weibel (Rheinhäfen).

BZ ARCHIV

## Nachrichten

### Parlamentarier erfreut über FHNW-Sparkurs

Die Interparlamentarische Kommission (IPGK) der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) zeigt sich gemäss Mitteilung «erfreut» über das Verhandlungsergebnis zum Leistungsauftrag für die Jahre 2018 bis 2020. Unter anderem wurde das Kostenbewusstsein der FHNW positiv hervorgehoben. Trotz «anerkannten Mehrbedarfs», etwa durch den Neubezug des Campus Muttenz, könne das Globalbudget in der neuen Leistungsperiode um 6 Millionen auf 677 Millionen Franken reduziert werden. Die «strategische Entwicklung» finanziere die FHNW mit 12 Millionen aus dem Eigenkapital. (RED)

### Allschwil: Jogger meldet Exhibitionist

Ein mutmasslicher Exhibitionist ist im Gebiet Spitzwald in Allschwil von der Polizei angehalten worden. Zuvor hatte ein Jogger gemeldet, dass sich ein Exhibitionist im Wald aufhalte. Der 56-jährige, in der Region wohnhafte Schweizer sei geständig, teilte die Polizei am Freitag mit. Angehalten wurde der Mann am Montag. Es wird abgeklärt, ob er für weitere Fälle infrage kommt. (SDA)

### A2: Auto überschlägt sich – Lenkerin verletzt

Bei einem Selbstunfall auf der A2 in Pratteln ist am Donnerstag die Autolenkerin leicht verletzt worden. Sie musste ins Spital gebracht werden. Ihr Auto überschlug sich seitlich und kam auf den Rädern zum Stillstand. Die 23-jährige verlor nach einem Spurwechsel und Ausweichmanöver die Herrschaft über ihr Auto. Es kam ins Schleudern und prallte in Beton-elemente neben der Fahrbahn. (SDA)

## MÜNCHENSTEIN

### Polizei schnappt zwei sehr junge Einbrecher

Die Baselbieter Polizei hat am Donnerstagabend in Münchenstein zwei Einbrecher in flagranti erwischt. Die beiden waren zuvor in ein Einfamilienhaus eingestiegen, wie die Polizei am Freitag mitteilte. Sie gaben bei der Verhaftung an, sie seien 11-jährig. Weil sie keine Ausweise auf sich trugen, hat die Jugendanwaltschaft gemäss Polizeiangaben eine Altersbegutachtung eingeleitet. Die zwei Burschen befinden sich in Untersuchungshaft, ein Strafverfahren wurde eröffnet und es wird abgeklärt, ob das Duo für weitere Straftaten infrage kommt. Die Nationalität der Nachwuchs-Kriminellen steht noch nicht fest. Polizeisprecher Roland Walter sagte auf Anfrage der «Schweiz am Wochenende», die beiden Jugendlichen hätten angegeben, in Saint-Louis zu wohnen. Alarm geschlagen hat eine Anwohnerin. Sie beobachtete um 17.30 Uhr die zwei Burschen, wie sie in ein Einfamilienhaus am Rigiweg einstiegen. Als sie dieses wieder verliessen, wurden sie angehalten. Bei der Festnahme trugen sie das Diebesgut noch auf sich. Im Einsatz standen mehrere Patrouillen. (RED)

# Die fragwürdige Honorar-Praxis der VR-Profis

Einige illustre Verwaltungsräte werden als juristische Personen entschädigt – das ist umstritten.

VON JONAS HOSKYN

Im Grunde ist die Sache klar: Im Verwaltungsrat einer Firma sitzen Personen, die durch ihre Qualifikation geeignet sind, wichtige strategische Entscheide im Sinne der Firma zu treffen. Die Betonung liegt dabei auf dem Begriff «Person». Denn in mehreren Verwaltungsräten von öffentlich-rechtlichen Anstalten in der Region sitzen streng genommen Firmen, meist sogar an der Spitze.

Konkret gehts um die Abrechnung der Honorare. Der Grossteil der Verwaltungsräte wird als natürliche Personen entschädigt. Doch eine Handvoll stellt Rechnungen als juristische Personen, also als Firma. Der bisher einzige öffentlich bekannte Fall ist jener von Paul Blumenthal, bis vor kurzem Verwaltungsratspräsident der Basler Verkehrsbetriebe (BVB). Bei Blumenthal schritt das kantonale Bau- und Verkehrsdepartement ein und untersagte die Praxis. Als dies bekannt wurde, entbrannte eine politische Diskussion.

### Empfehlung: Praxis stoppen

Recherchen der «Schweiz am Wochenende» zeigen nun: Die Variante, Mandate als Firma abzurechnen, wird vor allem von denjenigen betrieben, die ihr berufliches Einkommen grossteils als Berater oder Experten verdienen. Darunter sind prominente Namen wie etwa der ehemalige Basler Finanzdirektor und Wirtschaftsanwalt Ueli Vischer. Er ist Präsident des Unirats der Universität Basel sowie der MCH Group (Messe Schweiz). Letztere ist allerdings keine öffentlich-rechtliche Anstalt im eigentlichen Sinn, da der Staat «nur» 49 Prozent der Aktien hält.

Pikant: Was bei den BVB verboten wurde, ist bei der Baselland Transport

AG (BLT) kein Problem: Zwei Verwaltungsräte rechnen ihr Honorar als Firma ab. Einer davon ist Verwaltungsratspräsident André Dosé. Dass es sich bei der BLT im Gegensatz zu den BVB nicht um eine öffentlich-rechtliche Anstalt, sondern um eine Aktiengesellschaft handelt, macht rein rechtlich gesehen keinen Unterschied.

Auch Benedikt Weibel rechnet mit der umstrittenen Praxis ab. Der frühere SBB-Chef und oberste Delegierte für die Euro 08 ist Verwaltungsratspräsident der Schweizerischen Rheinhäfen (SRH) mit Sitz in Birsfelden. Bei ihm stellt die Honorarrechnung die Benediktweibel GmbH, in der er und seine Frau arbeiten.

Dazu kommen weitere Fälle in den Verwaltungsräten des Universitätsspitals und der Universitären Psychiatrischen Kliniken. Mittlerweile ist die Geschäftsprüfungskommission (GPK) des Basler Grossen Rats auf diesen Sachverhalt aufmerksam geworden. Sie monierte kürzlich in ihrem Jahresbericht die «umstrittene Praxis» und gab die Empfehlung heraus, die VR-Honorare künftig direkt an die Mandatsträger auszubezahlen. Tatsächlich gab es bisher kein einheitliches Verfahren. «Gemäss den bisherigen rechtlichen Abklärungen ist es zulässig, das VR-Honorar an eine juristische Person auszus zahlen», sagt Tibor Hochreutener, Ökonom im Finanzdepartement. Die Regierung werde nun aufgrund der Empfehlung der GPK prüfen, ob zukünftig innerhalb des Kantons und seiner Beteiligungen ein einheitliches Vorgehen angezeigt ist. Erwartet wird die Stellungnahme Ende September.

### Firma als Geldspeicher

Juristisch ist die Situation eigentlich klar. Ein Verwaltungsratsmandat ist eine persönliche Tätigkeit, damit kom-

men eigentlich nur natürliche Personen infrage. «Ein Verwaltungsratsmandat ist an die natürliche Person geknüpft», sagt auch Peter Schmid. Der Steuerberater der renommierten Kanzlei Swisslegal hat einen viel beachteten Aufsatz zum Thema mitverfasst, auf den sich die GPK bezieht. Eine Ausnahme sei nur möglich, wenn ein Mitglied explizit als Vertreter einer Gesellschaft in einen Verwaltungsrat gewählt werde, etwa von einer Tochtergesellschaft. «Das Vorgehen, Verwaltungsratsmandate über eine Ich-AG abzurechnen, ist schlicht und einfach falsch. Das Steuergesetz macht ganz klar eine andere Vorgabe.»

Rein finanziell betrachtet, macht es keinen grossen Unterschied. In einem Fall zahlt die öffentlich-rechtliche Anstalt die Mehrwertsteuer, im anderen

### «Im Grunde genommen ist die Praxis eine potenzielle Steuerumgehung.»

PETER SCHMID  
STEUEREXPERTE SWISSLEGAL

die Sozialversicherungskosten. Für den Verwaltungsrat ergibt sich hingegen eine Reihe von Optimierungen, wenn er als Firma abrechnet. «Eine Firma bietet bessere Möglichkeiten, den Geldfluss zu optimieren», sagt Schmid. Etwa indem man sich einen kleinen Teil des VR-Honorars von der Firma als Lohn auszahlen lässt und den Rest später als Dividende. Der Hauptvorteil aber: Statt die Honorare sofort versteuern zu müssen, können diese in der Firma einbehalten und später verwendet werden, beispielsweise für ein Geschäftsauto. «Der Zeitaufschub ist ein grosser Vorteil. Man hat quasi einen Geldspeicher», sagt Schmid. Weiter bietet diese Variante mehr Möglichkeiten von Steu-

erabzügen. «Im Grunde genommen ist die Praxis, als juristische Person abzurechnen, eine potenzielle Steuerumgehung, zumindest aber ein juristischer Graubereich», sagt Schmid.

### «Macht keinen Unterschied»

Die betroffenen Verwaltungsräte widersprechen: «Das Ganze ist nur eine Vereinbarung, wie man abrechnet», sagt Vischer. In seiner Kanzlei gelte für alle Mitarbeiter die Abmachung, dass Honorare aus VR-Mandaten an die Firma überwiesen werden. Weil das Thema heikel sei, sei die Abmachung der Finanzkontrolle des Kantons unterbreitet worden. Diese hat die Praxis abgesegnet. «Für die Universität ist das Ganze kostenneutral», betont Vischer. Für ihn mache es auch keinen Unterschied, ob die Praxis vereinheitlicht werde, sagt Vischer.

André Dosé weilt zurzeit in den Ferien und ist nicht erreichbar. BLT-Geschäftsführer Andreas Büttiker sagt aber: «Das ist ein absolut korrektes Verfahren. Wenn das sauber geregelt ist, ist das überhaupt kein Problem.» Zumal die BLT noch einen weiteren Verwaltungsrat hat, der als Firma abrechnet.

Auch Benedikt Weibel lässt ausrichten: «Wir haben seit 2007 Hunderte Geschäftsfälle über unsere Firma abgerechnet, in der Schweiz und im Ausland. Das sind Referate, Unterricht, Kolumnen sowie Mandate. So auch die Euro 2008, die von der Eidgenössischen Finanzkontrolle geprüft wurde.» Dass alle Verbuchungen korrekt sind, darüber wache die Steuerverwaltung. «Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.»

Von Paul Blumenthal ist ein Mail öffentlich, in dem er schreibt: «Das war mit den Behörden, Steuerverwaltung und der AHV-Kasse so abgemacht.»